

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hellmut Königshaus, Dr. Karl Addicks,
Ernst Burgbacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/2660 –**

**Keine Flugticketabgabe – mit solider Finanzpolitik mehr Haushaltsmittel
erwirtschaften**

A. Problem

Nach Ansicht der Antragsteller würde eine Flugticketabgabe als „innovatives Finanzierungsinstrument“ für die Entwicklungszusammenarbeit nicht zu den erhofften Mehreinnahmen führen. Folge wären vielmehr zunehmende Bürokratie, sinkende Passagierzahlen und eine Benachteiligung des Tourismusstandorts Deutschland. Das Ziel der Weltgemeinschaft, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, könne nicht mittels Erhebung neuer Abgaben oder Steuern erreicht werden. Dagegen seien Steuerensenkungen der Schlüssel zu mehr Investitionen und zusätzlichen Arbeitsplätzen und die Grundlage für solide Staatsfinanzen, die wiederum eine Voraussetzung für eine dauerhafte Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit bildeten.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD,
DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der
Fraktion der FDP**

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/2660 abzulehnen.

Berlin, den 17. Dezember 2008

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender und Berichterstatter

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Hellmut Königshaus
Berichterstatter

Hüseyin-Kenan Aydin
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Sascha Raabe, Hellmut Königshaus, Hüseyin-Kenan Aydin und Thilo Hoppe

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/2660** in seiner 55. Sitzung am 29. September 2006 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Verhinderung der in Diskussion stehenden Einführung einer „Flugticketabgabe“.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 110. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 19. Oktober 2006 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Die Antrag stellende **Fraktion der FDP** legt dar, auch wenn die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD die Einführung einer Flugticketabgabe zurzeit nicht erwäge, müsse ein klares Signal gegen eine Einführung ergehen, um den eventuell Betroffenen mittelfristige Planungssicherheit zu geben. Das Erreichen des ODA-Ziels (ODA: Official Development Assistance) müsse durch eine vernünftige Verwendung von Haushaltsmitteln gewährleistet werden. Der Bürger dürfe nicht durch zusätzliche, intransparente Abgaben weiter belastet werden.

Die **Fraktion der SPD** hält die Einführung einer Flugticketabgabe grundsätzlich für ein geeignetes Instrument zur Finanzierung der Ausgaben im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Konjunkturlage sei momentan allerdings der falsche Zeitpunkt. Die im Antrag formulierte schlichte Ablehnung aller „innovativen Finanzierungsinstrumente“ verschließe die Augen vor den Finanzierungsproblemen der Entwicklungszusammenarbeit. Die Annahme, dass allein die geforderten Steuersenkungen zu mehr Wirtschaftswachstum führten und auf diesem Wege Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit generiert werden könnten, sei ein Irrglaube. Sie lehne daher den Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN** sieht in dem Antrag der Fraktion der FDP keinen ernstzunehmenden Beitrag in Bezug auf die Frage der Entwicklungsfinanzierung. Es sei unumstritten, dass zur Einhaltung der internationalen Zusagen mehr Gelder benötigt würden. Zu glauben, diese Mittel im Wege von Steuersenkungen aufbringen zu können, sei liberales Wunschdenken. Die Beispiele etwa aus Frankreich und Großbritannien verdeutlichten zudem, dass eine Einführung einer Flugticketabgabe keinesfalls zum Zusammenbruch des Tourismusstandorts führe. Die Preissteigerungen von Flugtickets hätten tatsächlich kaum Auswirkungen auf die Nachfrage. Die Flugticketabgabe würde lediglich zu minimalen Preiserhöhungen führen. Sie würde den einzelnen Betroffenen kaum belasten; die Summe der Einnahmen sei aber geeignet, einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklungsfinanzierung zu leisten. Ebenso verhalte es sich mit der Einführung einer Devisentransaktionssteuer.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führt aus, der unter der Regierungskoalition eingeführte Emissionshandel stelle ein innovatives und ausreichendes Finanzierungsinstrument für den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit dar. Die ökologische Lenkungsfunction des Emissionshandels sei größer und die dadurch erzielten Einnahmen höher als die einer Flugticketsteuer. Der Antrag der Fraktion der FDP sei nicht nachvollziehbar und werde abgelehnt.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betont, dass sie bereits im April dieses Jahres einen Antrag auf Einführung einer Flugticketabgabe in den Deutschen Bundestag eingebracht habe. Sie warte weiterhin auf eine entsprechende Initiative der Regierungskoalition. Zur Einhaltung des ODA-Ziels sei die Erschließung zusätzlicher Finanzierungsquellen erforderlich. Aus diesem Grund sei der Antrag abzulehnen.

Berlin, den 17. Dezember 2008

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Hellmut Königshaus
Berichterstatter

Hüseyin-Kenan Aydin
Berichterstatter

Thilo Hoppe
Berichterstatter